



iran-report

Nr. 06/2005

ایران رپورت

I. Innenpolitik

Wächterrat lehnt mehr als tausend Kandidaten ab / Moins Erklärung an das Volk / Rafsandschani stellt sich zur Wahl / Sechshundert politische Aktivisten rufen zum Wahlboykott auf / Ungewöhnliche Attacke des Justizchefs gegen Staatsanwaltschaft und Polizei / Erlass an die Staatsanwaltschaften / Gandji nach Hungerstreik für kurze Zeit in Hafturlaub / Urteil gegen den Politiker Abdi aufgehoben / Wächterrat lehnt Abtreibungsgesetz ab / Bericht über die Volksmodjahedin von Human Rights Watch / Visaerteilung an den Flughäfen

II. Wirtschaft

WTO beschließt Beitrittsgespräche mit Iran - Kein US-Veto / Probleme bei Eröffnung des neuen Teheraner Flughafens / Kein Interesse mehr an MG Rover / Konflikt um die Gründung unabhängiger Gewerkschaften / Lieferung für iranisches Raketenprogramm verhindert / Parlament verpflichtet Regierung zur Wiederaufnahme der Urananreicherung / Teheran bezeichnet 40 Dollar Ölpreis als angemessen

III. Außenpolitik

Atomgespräche um zwei Monate aufgeschoben / Israel fordert, dass UNSicherheitsrat sich mit iranischem Atomprogramm befasst / Kanada schränkt seine Beziehungen zu Iran stark ein / Außenminister Charrasi in Bagdad



Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung.

Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar.

Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 07/2005 Anfang Juli) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im Juni 2005

Wenn Sie den iran-report abonnieren oder abbestellen wollen, wenden Sie sich bitte an:

Heinrich-Böll-Stiftung

lorenz@boell.de

Fax: 030-285 34 - 494

Tel: 030-285 34 - 217

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Vera Lorenz

V.i.S.d.P.: Albert Eckert

4. Jahrgang

Heinrich-Böll-Stiftung

Hackesche Höfe

Rosenthaler Str. 40/41

10178 Berlin

Tel: 030-285 34 - 0

Fax: 030-285 34 - 109

Email info@boell.de

www.boell.de



I. Innenpolitik

Wächterrat lehnt mehr als tausend Kandidaten ab

Der von ultrakonservativen Islamisten besetzte islamische Wächterrat, der über die Eignung von Kandidaten entscheidet, hat mehr als tausend registrierte Bewerber zur Präsidentschaftswahl am 17. Juni abgelehnt. Zugelassen wurden lediglich sechs Bewerber, der Teheraner Bürgermeister Mahmud Ahmadi-nejad, Ali Laridjani, früherer Leiter der staatlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten, Mohsen Rezai, ehemaliger Kommandant der Revolutionswächter, Mohammad Ghalibaf, bis vor kurzem Polizeipräsident von Teheran, Mehdi Karrubi, ehemaliger Parlamentspräsident und Haschemi Rafsandschani, Ex-Staatspräsident. Die ersten vier gehören dem Lager der Radikalislamisten bzw. Konservativen an. Karrubi wird ebenfalls zu den Konservativen gezählt, hatte jedoch in den letzten Jahren gelegentlich die Reformer unterstützt. Rafsandjani, dem die meisten Chancen zugerechnet werden, versucht sich über die Fronten zu stellen, gehört jedoch ebenfalls dem Lager der Konservativen an.

Zu den abgelehnten Bewerbern gehören sämtliche Kandidaten der Reformer sowie 93 Frauen, darunter die ehemalige Parlamentsabgeordnete und prominente Frauenrechtlerin Aazam Taleghani. Auch Ex-Außenminister Ebrahim Yazdi, einziger Kandidat der „Freiheitsbewegung“, die als halblegale Opposition geduldet wird, wurde zurückgewiesen. Der Wächterrat hatte bereits bei den letzten Parlamentswahlen mehr als 2000 Kandidaten abgelehnt und damit die absolute Mehrheit der Konservativen ermöglicht.

Besondere Empörung rief die Ablehnung des Kandidaten der größten Reformpartei, der „Beteiligungspartei“, Mostafa Moin, hervor. Der ehemalige Kultusminister Moin war in drei Legislaturperioden Abgeordneter im Parlament und lange Jahre Minister gewesen. Ein führendes Mitglied der Partei, Mostafa Tadschzadeh, bezeichnete die Ablehnung Moins als einen „Staatsstreich, der nicht ohne Folgen bleiben wird“.

Die massive Ablehnung der Bewerber bestätigte die befürchtete Absicht der Islamisten zur totalen Monopolisierung der Macht. Dies wollten die Reformer

nicht hinnehmen. Die Beteiligungspartei und die Modjahedin der Islamischen Revolution haben unmittelbar nach der Bekanntgabe der Zurückweisung Moins erklärt, sollte der Wächterrat seine Entscheidung nicht revidieren, würden sie zum Wahlboykott aufrufen. Dies war das letzte Druckmittel, das die Reformer in der Hand hatten. Denn gerade bei diesen Wahlen legen die Konservativen besonderen Wert auf eine große Wahlbeteiligung. Sie soll demonstrieren, dass das Volk hinter dem Regime stehe und bereit sein werde, jeder Bedrohung von außen Widerstand zu leisten. Doch schon vor der massiven Filterung zeigten Umfragen, dass die Wahlbeteiligung höchstens bei fünfzig Prozent liegen wird. Ein Boykottaufruf der Reformer hätte die Wahlbeteiligung zusätzlich reduziert.

Die Wahlen im iranischen Gottesstaat sind ohnehin eine Farce. Seit der Gründung der Islamischen Republik vor 26 Jahren wurden noch nie Kandidaten außerhalb des Islamischen Lagers zu den Wahlen zugelassen. Die gänzliche Ausgrenzung der Reformer aus diesem Lager wäre eine weitere Einschränkung, die die Unzufriedenheit im Volk sicherlich noch steigern würde - für die Konservativen ein Risiko mit unabsehbaren Folgen.

Vermutlich aus eben diesem Grund hat Revolutionsführer Ali Chamenei einen Tag nach der Entscheidung des Wächterrats das Gremium angewiesen, bei zwei der Bewerber, Mostafa Moin und dem Leiter des Amtes für Leibeseziehung, Mehr Alizadeh, die Ablehnung noch einmal zu überprüfen. Es sei „wünschenswert“, dass alle Menschen mit ihren jeweilig unterschiedlichen Überzeugungen die Möglichkeit hätten, an der Wahl teilzunehmen, schrieb der Revolutionsführer.

Der Wächterrat folgte dem Befehl und genehmigte die Teilnahme der beiden Bewerber. „Nach Erhalt Ihres Schreibens hat der Wächterrat in einer Sondersitzung entschieden..., Ihrer Anweisung Folge zu leisten und die Eignung der Bewerber Moin und Alizadeh zu bestätigen“ heißt es in dem Antwortschreiben des Wächterrats an den Revolutionsführer.

Diese Vorgänge, die der bekannte Reformer Said Hadjarian als „ein abgekartetes Spiel“ bezeichnete, brachten Moin in eine Zwickmühle. Er, der immer



wieder betont hatte, dass er jede Schützenhilfe ablehnt und einzig und allein den Weg des Gesetzes akzeptiert, konnte es nun schwer hinnehmen, dass seine Zulassung durch eine Intervention des Revolutionsführers ermöglicht worden war. Konsequenterweise hätte er auf die Kandidatur verzichten müssen, nicht nur seinetwegen, sondern auch wegen der unbegründeten massiven Ablehnung anderer Kandidaten. Eine Teilnahme an der Wahl würde zudem den oft gegen die Reformer erhobenen Vorwurf bestätigen, dass ihnen nur daran gelegen sei, an der Macht beteiligt zu werden.

Auf der anderen Seite haben die Reformer um Moin und auch er selbst immer wieder betont, dass sie jede Gelegenheit und Möglichkeit nutzen würden, um ein Machtmonopol der Konservativen zu verhindern. Mit dem Verzicht auf die Kandidatur hätte er von vornherein den Konservativen das Feld geräumt.

Moin hat sich für die Teilnahme entschieden und diese Entscheidung in einer öffentlichen Erklärung, die wir kurz wiedergeben, begründet.

Moins Erklärung an das Volk

In seiner Erklärung an das iranische Volk, beschreibt Moin zunächst die Zwiespältigkeit seiner Gefühle und Gedanken, die ihm die Entscheidung schwer machte. Er habe sich verpflichtet gefühlt, der eigenen Überzeugung treu zu bleiben. „Ich hatte öffentlich erklärt, dass ich keine Einmischung, die außerhalb des gesetzlichen Rahmens erfolgt, hinnehmen werde“, schreibt er. Er habe sich jedoch mit zahlreichen Menschen beraten und sich schließlich für die Teilnahme entschieden. Dazu wolle er folgendes erklären:

Er lehne die Zurückweisung seiner Kandidatur durch den Wächterrat als gesetzeswidrig entschieden ab und fordere den Rat auf, die Ablehnung zu begründen. Seine nun erfolgte Zulassung bedeute keineswegs, dass damit die Wahlen als frei zu bewerten seien. Freie Wahlen seien nur dann gewährleistet, wenn alle gesellschaftlichen Gruppen die Möglichkeit hätten, Kandidaten aufzustellen. Bei dieser Wahl seien jedoch zahlreiche Bewerber, darunter integre und erfahrene Persönlichkeiten, von der Teilnahme ausgeschlossen worden. „Sollte ich gewählt

werden, werde ich mich für Wahlen einsetzen, die tatsächlich frei sind“, betont Moin. Er werde seine künftigen Mitarbeiter aus dem Kreis der abgelehnten Bewerber und jener Personen wählen, denen durch Gerichtsurteile Unrecht widerfahren ist. Er werde Männern und Frauen, die ethnischen und religiösen Minderheiten angehören und denen bisher der Zugang zu hohen Ämtern verwehrt wurde, die Übernahme höchster und wichtigster Aufgaben anbieten. Er werde einen seiner Vizepräsidenten mit der Durchsetzung der Menschenrechte beauftragen und niemals das widerrechtliche und menschenverachtende Vorgehen des Wächterrats schweigend hinnehmen. Er wolle die Reformen fortsetzen, jede Willkür bekämpfen und die Rechte aller Frauen und Männer, ungeachtet ihrer ethnischen und religiösen Zugehörigkeit und ihrer politischen Meinung, verteidigen.

Die Erklärung schließt mit Zusicherungen wie: „Ich werde, wenn ich gewählt werde, dem massenhaften Verbot von Zeitungen und Zeitschriften und der Inhaftierung von Journalisten und Webloggern Einhalt gebieten. Ich werde periodisch einen öffentlichen Bericht über die Lage der Menschenrechte vorlegen. Ich erkläre hiermit, dass ich allen Iranern, die bereit sind, den Weg der Reformen mit dem Ziel der Demokratisierung unseres Landes fortzusetzen, die Hand reichen und Schulter an Schulter mit ihnen kämpfen werde.“

Rafsandschani stellt sich zur Wahl

Ex-Staatspräsident Haschemi Rafsandschani stellt sich acht Jahre nach dem Ende seiner Amtszeit erneut zur Wahl. Nach langem Zögern hat er nun offiziell seine Kandidatur für die Wahl am 17. Juni angemeldet. Schon seit Monaten ließ sich der siebzigjährige Geistliche, der zu den mächtigsten, wohl auch reichsten Männern des islamischen Gottesstaates gehört, von seinen Anhängern bitten, noch einmal die Zügel in die Hand zu nehmen. Er lehnte zunächst ab. Er wolle jüngere Kräfte heranlassen, sagte er, fügte aber stets hinzu, das Land stecke außen- und innenpolitisch in einer tiefen Krise und bedürfe einer starken Führung. Sollte sich kein geeigneter Bewerber finden, der die Probleme meistern könnte, werde er sich wohl am Ende für das Vaterland und den Islam



opfern müssen. Er ließ sich Zeit, schaute lächelnd dem Desaster zu, das andere Gruppen und Parteien durch Querelen und gegenseitige Denunzierungen boten: für ihn die beste Wahlwerbung, die noch dazu nichts kostete. Fast täglich machte sein Zögern Schlagzeilen. Eine Woche vor der Bekanntgabe seiner Entscheidung trieb er die Spannung auf die Spitze. Er habe sich zwar noch nicht entschieden, aber „wie es aussieht, werde ich wohl die bittere Pille schlucken müssen“, sagte er.

In einer am 9. Mai veröffentlichten Erklärung an das iranische Volk schreibt er, die Entscheidung, noch einmal für das Amt des Staatspräsidenten zu kandidieren, gehöre zu den schwersten in seiner bisherigen politischen Laufbahn. Große Zweifel hätten ihn geplagt. Doch schließlich „haben die Hoffnungen die Zweifel besiegt.“ Er beklagt den tiefen Unfrieden zwischen den Fraktionen, die die „wertvollen Kräfte der Revolution in die Isolation treiben“ könnten und warnt vor Gefahren, die von innen und außen den islamischen Gottesstaat bedrohen.

Tatsächlich befindet sich die Islamische Republik in einem desolaten Zustand. Außenpolitisch sind die Verhandlungen um das iranische Atomprogramm und um ein umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen zwischen Iran und der EU in die Sackgasse geraten. Während Iran auf seinem Recht beharrt, den Brennstoff für Atomreaktoren selbst herzustellen und damit die vorübergehend ausgesetzte Urananreicherung wieder aufzunehmen, verlangen die EU-Verhandlungspartner Deutschland, Frankreich, Großbritannien die dauerhafte Aussetzung. Vielleicht haben sie mit dieser Forderung die Latte zu hoch gehängt. Sollte jedenfalls kein Kompromiss gefunden werden, gerät die EU in das Fahrwasser der USA, die Sanktionen durch die UN-Sicherheitsrat beschließen oder gar einen militärischen Angriff gegen Iran durchführen wollen, was nicht nur für die Region, sondern auch international verheerende Folgen haben würde. Auch die Tatsache, dass die USA inzwischen in sämtlichen Nachbarländern Irans präsent sind und die Islamische Republik militärisch umzingelt haben, wirft für Iran große Probleme auf. Schließlich verlangen die Vorgänge in den Nachbarländern Irak und Afghanistan und der Konflikt zwischen Israel und Palästina eine einheitlich und klar konzipierte Poli-

tik, was die zurzeit gespaltene Staatsführung nicht vorweisen kann.

Innenpolitisch drohen hohe Arbeitslosigkeit und Inflation den Herrschenden die Zügel aus den Händen zu reißen. Die Unzufriedenheit im Volk ist enorm. Kaum jemand glaubt noch, dass Reformen von oben möglich sind. Doch genau dies verspricht Rafsandschani zu leisten.

Er verfügt über eine lange Erfahrung. Als engster Vertrauter Chomeinis und Inhaber hoher Ämter hat er in den 26 Jahren Islamischer Republik die Geschicke des Landes mitgelenkt. Er war Innenminister, Parlamentspräsident, acht Jahre lang Staatspräsident und während des achtjährigen Krieges gegen Irak von Chomeini mit der Führung der Streitkräfte beauftragt. Seit acht Jahren leitet er den Schlichtungsrat, der bei Konflikten zwischen dem Parlament und dem Wächterrat das letzte Wort hat.

Sein politischer Standort ist schwer auszumachen. Der gerissene Demagoge und Taktiker lässt sich nie in die Karten schauen. Er ist wie ein Fisch, der einem unter der Hand wegschlüpft, ein Pragmatiker, wenn es um den Erhalt seiner eigenen Macht und Interessen geht, ein fundamentalistischer Ideologe, wenn er seine Feinde bekämpft und ein Reformler, wenn er seine Basis schwinden sieht. Sein großer Vorteil ist seine Hausmacht, sowohl bei den moderaten Konservativen als auch bei den rechten Reformern.

Dem Land müsse gelingen, die außenpolitischen Konflikte zu lösen und das Vertrauen der internationalen Staatengemeinschaft zu gewinnen, schreibt Rafsandschani in seiner „Erklärung an das Volk“. Iran bilde in der Region „das Tor zum Frieden und zur Stabilität“ und die „Brücke zwischen Ost und West und Nord und Süd“. Er wolle die Gefahren von außen in Chancen verwandeln. Innenpolitisch werde er die Reformen fortsetzen, die Arbeitslosigkeit bekämpfen, die Liberalisierung der Wirtschaft und die industrielle Entwicklung, die die Basis für gesellschaftliche und politische Demokratisierung bilden, vorantreiben.

Rafsandschani ist der am meisten verhasste Politiker im Land, denn es ist bekannt, dass er zur Erhaltung der Macht keine Verbrechen scheut, dass er brutal und korrupt ist, dass er bei Attentaten gegen Dissidenten, wie bei



dem Mordanschlag im Berliner Lokal Mykonos, bei dem vier iranische Oppositionelle ermordet wurden, als Drahtzieher mitgewirkt hatte. Ein Berliner Gericht stellte beim Mykonos-Prozess fest, dass er, gemeinsam mit anderen Führern der Islamischen Republik, den Mord in Auftrag gegeben hatte.

Dennoch denken inzwischen viele, der Pragmatiker und gewiefte Taktiker könnte die Wirtschaft ankurbeln, die außenpolitischen Konflikte lösen, vor allem die Beziehungen zu den USA normalisieren und verhindern, dass die Exekutive in die Hand fanatischer Islamisten fällt. Ob er zu alle dem tatsächlich in der Lage sein wird, ist höchst fraglich. Denn erstens müsste er gegen das mehrheitlich von radikalen Islamisten besetzte Parlament regieren. Zweitens gewähren die Machtstrukturen in Iran dem Staatspräsidenten ohnehin wenig Handlungsspielraum. Es gibt verschiedene, ernannte, also nicht gewählte Instanzen, die weit mächtiger sind als die Regierung, wie zum Beispiel der Wächterrat oder die Justiz. Ganz zu schweigen vom Revolutionsführer, der mit nahezu unbegrenzter Macht ausgestattet ist. Chatami ist nicht zuletzt daran gescheitert.

Sechshundert politische Aktivisten rufen zum Wahlboykott auf

Je näher der Termin der Präsidentschaftswahl heranrückt, desto gespannter wird die politische Atmosphäre. Die offizielle Kandidatur Rafsandschanis hat, obwohl sie vorauszusehen war, sowohl die Konservativen als auch die Reformer dazu veranlasst, die Karten neu zu mischen. Bei den Reformern hat der frühere Ministerpräsident Moussavi, auf den sämtliche Flügel der Reformer sich hätten einigen können, endgültig seinen Verzicht auf eine Kandidatur erklärt. Bei den Konservativen zog der frühere Außenminister Welyati seine Bewerbung zugunsten Rafsandschanis zurück. Die anderen Kandidaten aus dem Lager der Konservativen haben sich bislang nicht entschieden, ob sie sich auf einen Prominenten einigen oder alle in den Ring steigen.

Auch unter den anderen politischen Kräften, wie die „National-Religiösen“, die „Freiheitsbewegung“ (die zwischen den Staatstreuen und der Opposition stehen), die Studentenorganisation Tahkim Wahdat, Politiker und Intellektuelle, die aus dem Bereich

der Staatsmacht ausgeschlossen sind, wird seit Wochen diskutiert, wie man sich zu den Wahlen verhalten sollte. Nun wurde aus diesen Kreisen am 16. Mai eine von sechshundert Politikern und Studentenführern aus dem In- und Ausland unterzeichnete Erklärung veröffentlicht, in der Wahlen, bei denen Kandidaten durch den Wächterrat ausgesiebt werden, als Farce bezeichnet werden. Voraussetzung für eine freie Wahl sei eine „grundsätzliche Umstrukturierung der Machtverhältnisse“, heißt es in der Erklärung.

Einer der prominenten Unterzeichner, der frühere Ölminister Ali Akbar Moïnfar, sagte, die Teilnahme an der Wahl führe zur Legitimierung und Stärkung der Machtstrukturen. Daher werde er, selbst wenn der Kandidat der „National Religiösen“ Ebrahim Yazdi, nicht vom Wächterrat abgelehnt werden würde, nicht zur Wahl gehen.

Die Veröffentlichung einer solchen Stellungnahme, die einem Boykottaufruf gleichkommt, gewinnt vor allem an Brisanz, wenn man in Betracht zieht, dass einige Tage zuvor Informationsminister Ali Yunesi die Verweigerung der Wahlbeteiligung als „Versuch eines sanften Umsturzes“ bezeichnete, der von den USA initiiert werde. Zudem kommt, dass alle staatstragenden Fraktionen die Wahlbeteiligung als höchst wichtig, ja existenziell wichtig betrachten. Nach dem Wunsch der Systemtreuen soll eine hohe Wahlbeteiligung der Außenwelt demonstrieren, dass das Volk nahezu geschlossen hinter der Staatsführung stehe, eine Demonstration, die zugleich eine Warnung an jene Mächte richten soll, die einen militärischen Angriff gegen Iran planen.

In der Erklärung heißt es, jede Wahl, die keinen freien Wettbewerb aller gesellschaftlichen Kräfte gewährleiste, sei keine Wahl, sondern eine „Ernenennung“ und der Staatspräsident, der aus einer solchen Wahl hervorgehe, sei kein frei gewählter Staatspräsident, sondern ein „Manager im Dienste der Machthaber“.

In der Islamischen Republik gäbe es zahlreiche, mit großen Machtbefugnissen ausgestattete Instanzen, die nicht vom Volk gewählt und daher dem Volk gegenüber auch nicht verantwortlich seien, sagte Moïnfar. „Wer als Staatspräsident gewählt wird, gerät zwangsläufig in die Fänge dieser Instanzen.“ Der einzige Ausweg aus dieser Lage be-



stehe darin, die Verfassung der Islamischen Republik in der Weise zu ändern, dass alle Instanzen vom Volk zur Verantwortung gezogen werden können.

Ungewöhnliche Attacken des Justizchefs auf Staatsanwaltschaft und Polizei

Der oberste Chef der iranischen Justiz, Mahmud Haschemi Schahrudi, hat in ungewöhnlich scharfem Ton die Staatsanwaltschaft und die Ordnungskräfte attackiert. Wie die Nachrichtenagentur „Fars“ am 4. Mai berichtete, sagte Schahrudi bei der Eröffnung eines nationalen Kongresses der Staatsanwälte, jede Akte über eine Straftat müsse von einem Staatsanwalt angelegt und einem Richter vorgelegt werden. Wer dieser Vorgehensweise zuwider handle, verstoße gegen das Gesetz. Ein Richter dürfe niemals seine Aufgaben und Pflichten den Ordnungs- und Sicherheitskräften überlassen und diesen einen Freibrief ausstellen, mit dem sie „tun und lassen können, was sie wollen“.

Er habe gehört, sagte der Justizchef, dass es bei Staatsanwaltschaften einen Stempel gäbe, der den Ordnungskräften und Geheimdiensten zur Verfügung gestellt werde, um deren Aktivitäten zu legalisieren. „Manche Untersuchungsrichter überlassen sogar zu ihrer eigenen Entlastung der Polizei und den Geheimdiensten die Untersuchung der Straftaten“, fügte er hinzu. „Wenn diese Vorgehensweise korrekt wäre, bräuchten wir keine Untersuchungsrichter.“

Auch die Art der Ermittlung sei oft nicht korrekt, sagte Schahrudi. Richter und Staatsanwälte müssten sich auf die Straftat konzentrieren. Wenn ein wirtschaftliches Vergehen zu ermitteln sei, brauche man keine Informationen über die Familie des Angeklagten. „Was haben zum Beispiel Familienfotos mit einem Wirtschaftsdelikt zu tun“, sagte der Justizchef. Es sei nicht erlaubt, Privatangelegenheiten als Druckmittel gegen Angeklagte einzusetzen.

Um jeden Missbrauch seiner Worte seitens der Gegner des Regimes zu vermeiden, betonte Schahrudi, was er gesagt habe gehöre zu den Grundsätzen des islamischen Rechts und habe mit der Kritik der „so genannten Verteidiger der Menschenrechte, die selbst schlimmste Verbrechen begehen und der Kritik einiger irregeleiteter Anwälte nichts zu tun“. Dann fuhr er mit seiner Kritik

an der Staatsanwaltschaft fort. Geständnisse, die durch Gewalt erfolgen, seien für das Urteil völlig irrelevant. Den Untersuchungsrichtern sei nicht erlaubt, dem Angeklagten Suggestivfragen oder Fragen zu stellen, die nicht im unmittelbaren Zusammenhang mit der Straftat stehen und seine Privatsphäre betreffen. Sie seien verpflichtet, die freiwilligen Äußerungen der Beschuldigten wahrheitsgetreu zu notieren. Einschüchterungen, Verletzung der Persönlichkeit der Angeklagten sowie Ausübung von physischem und psychischem Druck sei strikt untersagt. Geständnisse, die auf diesem Weg erfolgen, seien irrelevant.

Auch gegen die Polizei und Geheimdienste sparte Schahrudi nicht mit Kritik. Es sei nicht erlaubt, einem Menschen schwere Straftaten vorzuwerfen und seine Familie unter Druck zu setzen, wenn man ihn wegen eines ungedeckten Schecks festnehmen wolle. Es sei eine große Sünde, Menschen Straftaten vorzuwerfen, die man ihnen nicht nachweisen könne. Jede Willkür der Geheimdienste und Ordnungskräfte sei der islamischen Rechtsauffassung entgegengesetzt. Richter und Staatsanwälte seien dazu da, um Gerechtigkeit walten zu lassen und das Recht durchzusetzen, nicht jedoch, um der Polizei und Sicherheitsdiensten Schützenhilfe zu leisten. „Wir wollen keinen Polizeistaat“, sagte der Justizchef. „Wir wollen den Bürgern zeigen, dass die Justiz das Recht verteidigt und das Unrecht bekämpft. Wenn die Polizei jemanden festnimmt, müssen Staatsanwalt und Richter diese Festnahme zunächst in Zweifel ziehen und dem Angeklagten die Gelegenheit geben, sich zu verteidigen. Ein Richter darf sich niemals mit dem Polizeibericht begnügen und auf dieser Basis urteilen.“

In der Verfassung der Islamischen Republik seien allgemeine und besondere Rechte genau erläutert, führte Schahrudi weiter aus. Das Ziel der Justiz sei Gerechtigkeit und Sicherheit der Bürger. Um die allgemeinen Rechte zu gewährleisten, müsse man Gerechtigkeit walten lassen und berechnete Freiheiten gewähren. Die Richter seien verpflichtet, Urteile zu fällen, bei denen niemand sich benachteiligt und ungerecht behandelt fühlt. „Unsere Aufgabe besteht nicht darin, die Rechte der Regierung zu verteidigen, denn die Regierung ist eine juristische Person, die mit Macht ausgestattet ist. Sie könnte möglicherweise die Rechte der



Bürger verletzen." Für die Justiz sei das Recht relevant und nicht die Position der Exekutive. Doch oft werde aus den Prozessakten sichtbar, dass Richter und Staatsanwälte sich in den Dienst der Regierung stellen und ihr ein uneingeschränktes Vertrauen entgegen bringen. Dabei seien die Fälle nicht selten, bei denen die Regierung sich auf ihre politische, wirtschaftliche und polizeiliche Macht stütze und gegen die Rechte der Bürger verstößt.

Nicht jedes Unrecht müsse durch Polizei und Justiz verfolgt werden, betonte Schahrudi abschließend. Auch zivile Institutionen seien oft in der Lage, Gerechtigkeit walten zu lassen und Sicherheit zu gewähren.

Erlass an die Staatsanwaltschaften

Zehn Tage nach den Attacken des Justizchefs Haschemi Schahrudi gegen die Staatsanwälte und Untersuchungsrichter forderte der oberste Teheraner Staatsanwalt, Said Mortazawi, in einem Erlass alle Bediensteten seiner Behörde auf, die Anweisungen des Justizchefs strikt zu befolgen.

Mortazawi, der zuvor als Richter tätig war und in dieser Eigenschaft zahlreiche Zeitungen und Zeitschriften verboten und mehrere Journalisten zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt hatte und danach als oberster Staatsanwalt der Hauptstadt seinen harten Kurs gegen jeden Versuch der Liberalisierung fortsetzte, fühlte sich anscheinend genötigt, dem Druck von oben zu weichen und eine gewisse Kursänderung zu signalisieren.

In dem Erlass werden Staatsanwälte und Richter unter anderem angewiesen, „niemanden ohne ausreichende und nachweisbare Gründe in Haft nehmen zu lassen“. Ein Haftbefehl könne ausschließlich durch einen Richter erlassen werden. Jede Übertragung dieser Aufgabe auf die Polizei und Sicherheitskräfte sei strikt untersagt. Ordnungskräfte seien verpflichtet, unmittelbar nach Festnahmen beim öffentlichen Aufruhr, Diebstahl, Schmuggel die Staatsanwaltschaft davon zu unterrichten.

Nach Meinung von Rechtsexperten ist der Erlass völlig überflüssig, da die darin enthaltenen Anweisungen bereits gesetzlich festgelegt seien. Mortazawi hätte vielmehr begründen müssen, warum

die Staatsanwaltschaft die Gesetze bislang missachtet habe. Doch Mortazawi hat bisher zu der Kritik des Justizchefs keine Stellung genommen und sich lediglich mit ein paar Anweisungen begnügt.

Dennoch werfen sowohl die Kritik des konservativen Justizchefs als auch der Erlass des hart gesottenen Oberstaatsanwalts die Frage auf, wie der Kurswechsel zu bewerten ist. Viele Beobachter vertreten die Meinung, der unerwartete Sinneswandel der Justiz hänge einmal mit den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen zusammen. Es soll dem Volk signalisiert werden, dass im Falle der Übernahme der Exekutive durch die Konservativen die allgemein befürchtete Verhärtung der Lage nicht eintreten werde und die Konservativen gewillt seien, die von der Regierung Chatami angestrebten Reformen fortzusetzen. Solche Signale könnten neue Hoffnungen wecken und die Wahlbeteiligung, die nach bisherigen Voraussagen gering sein wird, erhöhen. Zweitens sollen Zugeständnisse bezüglich der Menschenrechte den Druck von außen mildern und die Position Irans außenpolitisch stärken.

Gandji nach Hungerstreik in Hafturlaub

Das Leben des iranischen Journalisten, Akbar Gandji, ist in großer Gefahr. Dies teilte der Anwalt des Journalisten, Yusef Molai, am 25. Mai der Presse mit. „Ich habe heute meinen Mandanten im Gefängnis besucht, sein Körpergewicht hat stark abgenommen, sein Gesundheitszustand ist äußerst besorgniserregend“, erklärte der Anwalt. „Ich möchte noch einmal vor den Gefahren warnen, die das Leben meines Mandanten bedrohen.“

Gandji, der sich seit fünf Jahren in Haft befindet, war am 20. Mai in einen unbefristeten Hungerstreik getreten. Er war nach seiner Teilnahme an der im April 2000 von der Heinrich-Böll-Stiftung veranstalteten Iran-Konferenz in Berlin verhaftet und danach vom Revolutionsgericht zu zehn Jahren Haft und fünf Jahre Verbannung verurteilt worden. Ihm wurden Aktivitäten gegen die Sicherheit der Islamischen Republik, Propaganda gegen den Gottesstaat und Beleidigung der Staatsführung vorgeworfen.

Tatsächlich diente die Teilnahme an der Iran-Konferenz nur als Vorwand, um



den Journalisten zum Schweigen zu bringen. Ghandji gehört zu den radikalen Kritikern des islamischen Gottesstaates. Besondere Aufmerksamkeit erweckten seine Bücher, in denen er die Machtmechanismen im Iran aufdeckte und nachwies, dass hohe Staatsmänner und graue Eminenzen, namentlich Ex-Staatspräsident Rafsandschani, an zahlreichen Mordattentaten gegen politische Dissidenten und kritische Intellektuelle und Schriftsteller beteiligt waren. Im Gefängnis verfasste er ein „Manifest“, in dem er die Trennung von Religion und Staat forderte.

Mit dem Hungerstreik will Gandji gegen die unerträglichen Haftbedingungen protestieren. Seine Gesundheit ist schwer angeschlagen, er leidet schon seit längerer Zeit unter Asthma und starken Rückenschmerzen. Auch seine Sehfähigkeit ist erheblich geschwächt. Er braucht dringend eine gründliche ärztliche Behandlung, die nur außerhalb des Gefängnisses möglich ist.

Die Justiz behauptete in einer offiziellen Stellungnahme, Gandjis Gesundheitszustand sei normal und er befinde sich auch nicht im Hungerstreik. „Sollte ihm etwas geschehen, trägt er selbst die Verantwortung“ Dem widersprach Gandji mit einem Schreiben aus dem Gefängnis. Seit Beginn des Hungerstreiks habe er, wie im Gefängnishospital festgestellt worden sei, täglich ein Kilogramm Gewicht abgenommen. Seine schweren Krankheiten seien mehrmals durch Ärzte und zuständige staatliche Instanzen registriert worden. Nicht ohne Grund bekäme er seit Jahren mehrere Medikamente. „Oder bin ich ein Versuchskaninchen, an dem diese Medikamente getestet werden“, schreibt Ghandi. „Sollte mir tatsächlich ‚etwas geschehen‘, womit nur mein Tod gemeint sein kann, wird jeder in diesem Land wissen, wer dafür die Verantwortung trägt.“

Am 24. Mai haben sich 260 iranische Journalisten und Intellektuelle mit Gandji solidarisch erklärt und seine Freilassung gefordert. „Sollte Gandji nicht die erforderliche medizinische Behandlung bekommen, werden wir weitere, legale Maßnahmen gegen die Justiz ergreifen“, heißt es in dem namentlich unterzeichneten, offenen Brief. Auch die Heinrich-Böll-Stiftung sowie die Vorsitzende der Grünen, Claudia Roth, haben Gandjis sofortige Entlassung aus dem Gefängnis verlangt. „Wir appellieren auch angesichts der gesundheitli-

chen Haftfolgen an die iranischen Justizbehörden, Akbar Gandji nun endlich freizulassen“, heißt es in der Presseerklärung der Heinrich-Böll-Stiftung.

Kurz vor Redaktionsschluss erhielten wir die Nachricht, dass Gandji Hafturlaub gewährt wurde. Wie die Teheraner Staatsanwaltschaft erklärte, werde Gandji zunächst sieben Tage Urlaub erhalten. Sollten die Ärzte eine Verlängerung für erforderlich halten, werde die Justiz dazu ihre Zustimmung erteilen. Wenige Stunden nach seiner Entlassung sagte Gandji auf einer Pressekonferenz, seine politischen Ansichten seien im Gefängnis radikaler geworden. Er trete nach wie vor für Reformen ein und lehne jede Art von Gewalt ab. „Wir fordern Freiheit und Menschenrechte“, sagte er. „Diese Ziele sind zwar radikal, man kann sie aber auf dem Weg von Reformen erreichen.“

Urteil gegen den Politiker Abdi aufgehoben

Der wegen Veröffentlichung von Meinungsumfragen verurteilte Politiker Abbas Abdi wurde am 2. Mai vom Obersten Gerichtshof freigesprochen. Abdi war im Februar 2003 zu acht Jahren Gefängnis verurteilt worden. Wie der Anwalt des Politikers, Saleh Nikbacht, mitteilte, wurde sein Mandant unmittelbar nach der Aufhebung des Urteils auf freien Fuß gesetzt.

Abdi, der der Führung der reformorientierten Moscharekat Partei angehört, hatte Ende 2002 eine Umfrage über die Beziehung Irans zu den USA durchgeführt. Dabei hatten 74 Prozent der Einwohner Teherans einen Dialog mit den Vereinigten Staaten befürwortet. Daraufhin wurde Abdi unter dem Vorwurf festgenommen, geheime Informationen an ausländische Sicherheitsdienste weitergeleitet zu haben. Anwalt Nikbacht zufolge kam der Oberste Gerichtshof jetzt aber zu dem Schluss, dass die Veröffentlichung von Meinungsumfragen nicht als Weitergabe von Geheiminformationen betrachtet werden könne.

Die Verurteilung Abdis hatte Monate lang die Öffentlichkeit beschäftigt und zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Reformern und Konservativen geführt. Viele stellten die Frage, ob die Islamische Republik grundsätzlich auf die Durchführung von Meinungsumfragen verzichten wolle und ob



nur dem Staat genehme Umfrageergebnissen veröffentlicht werden dürfen.

Teherans oberster Staatsanwalt Said Mortazawi, der den radikalen Islamisten angehört, hat gegen die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs protestiert. Wie die Tageszeitung Schargh vom 16. Mai berichtete, erklärte der Sprecher der Justiz, Karimi Rad, nach dem Protest der Teheraner Staatsanwaltschaft werde die Akte Abdis an eine andere Abteilung des Obersten Gerichtshofs weitergeleitet. Nun müsse man das Urteil dieser Abteilung abwarten. Dagegen erklärte Abdis Anwalt Nikbacht, das Urteil des Obersten Gerichtshofs sei endgültig und könne nicht von einer anderen Abteilung revidiert werden, es sei denn der Chef der Justiz würde die Entscheidung als rechtswidrig einstufen. Außerdem sei der Staatsanwalt nicht befugt, Urteile des Obersten Gerichtshofs anzufechten.

Wächterrat lehnt Abtreibungsgesetz ab

Der von konservativen Islamisten beherrschte Wächterrat der Islamischen Republik Iran, dessen Zustimmung jedes vom Parlament verabschiedete Gesetz bedarf, hat ein Gesetz zurückgewiesen, das Abtreibungen in bestimmten Fällen legalisieren sollte. Dem Gesetz zufolge sollten Abtreibungen erlaubt sein, wenn drei Fachärzte und ein Gerichtsmediziner bestätigen würden, dass der Embryo Fehlentwicklungen oder Krankheiten aufweist, die später für die Eltern eine große Belastung bilden oder das Leben der Mutter gefährden würde. Unter diesen Umständen sollte ein Schwangerschaftsabbruch bis zum vierten Monat erlaubt sein. Allerdings müssten dazu beide Eltern ihr Einverständnis erklären. In dem Gesetz wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, dass Abtreibungen bis auf die genannten Ausnahmefällen verboten seien und strafrechtlich verfolgt werden würden.

Das Parlament hatte sich zu dieser Initiative genötigt gesehen, weil Presseberichten zufolge illegale Schwangerschaftsabbrüche in den letzten Jahren drastisch zugenommen haben. Experten schätzen, dass die Zahl gegenwärtig bei 80.000 liegt. Dabei ist zu bedenken, dass die Abbrüche oft die Gesundheit, sogar das Leben der betreffenden Frauen gefährden, weil sie zu meist nicht von Fachärzten und unter hygienisch unzulässigen Bedingungen

durchgeführt werden. Bislang gilt Abtreibung als Tötung. Dementsprechend werden sowohl der Arzt als auch die Mutter als Täter bestraft.

Wie der Sprecher des Wächterrats, Gholam Hussein Elham, auf seiner wöchentlichen Pressekonferenz am 9. Mai in Teheran mitteilte, lehnte der Rat das vom Parlament verabschiedete Gesetz mit der Begründung ab, gemäß dem islamischen Recht sei eine Abtreibung selbst dann nicht zulässig, wenn ein Kind voraussichtlich schwer behindert zur Welt kommen würde.

Bereits vor zwei Jahren hatte das Gesundheitsministerium dem Parlament einen Gesetzesentwurf vorgelegt, in dem Gynäkologen erlaubt werden sollte, unter Berücksichtigung der islamischen Gesetzgebung Abtreibungen vorzunehmen. Damals scheiterte die Gesetzesvorlage an dem Widerstand von Abgeordneten, die jede Art der Legalisierung der Abtreibung als Verstoß gegen islamische Moral und Ethik betrachteten.

Bericht über die Volksmodjahedin von Human Rights Watch

Die bewaffnete iranische Oppositionsgruppe im Exil, die Organisation der Volksmodjahedin, hat kritische Mitglieder oder solche, die die Organisation verlassen wollten, Jahre lang in Einzelhaft gehalten und schwer gefoltert. Dies geht aus einem neuen Bericht von Human Rights Watch hervor, den die Menschenrechtsorganisation am 19. Mai vorlegte.

Die Volksmodjahedin hatten Mitte der achtziger Jahre ihre Zelte im Irak aufgeschlagen, um von dort aus, mit militärischer und finanzieller Unterstützung des Regimes von Saddam Hussein einen bewaffneten Kampf gegen die herrschenden Mullahs in Iran zu führen. Doch ihre zweimaligen Versuche, die Grenze zu überschreiten, wurden beim Verlust hunderter ihrer Mitglieder zurückgeschlagen.

Der 28-seitige Bericht der Human Rights Watch mit dem Titel: „Kein Ausweg: Menschenrechtsverletzungen in Lagern der Volksmodjahedin“ stützt sich auf Aussagen ehemaliger Mitglieder der Exilorganisation, denen die Flucht in die Freiheit gelungen ist. Fünf von ihnen wurden an irakische Streitkräfte ausgeliefert und im Abu Gharaib Gefängnis unter Saddam Husseins Regie-



rung gefangen gehalten. „Mitglieder, die versuchen, aus der Organisation auszusteigen, bezahlen einen sehr hohen Preis“, erklärte Joe Stork, Leiter der Abteilung Naher Osten und Nord-Afrika von Human Rights Watch in Washington. „Die Aussagen der ehemaligen Gefangenen geben unmissverständlich wieder, was mit Mitgliedern geschah, die es wagten, die Führer der Organisation zu kritisieren.“ Einer von ihnen, Hussein Sohani, erzählte, was ihm widerfahren war. Er sei von 1992 an achteinhalb Jahre lang in Einzelhaft gewesen und danach dem irakischen Geheimdienst übergeben worden. Nach zweijähriger Gefangenschaft im Abu Ghraib Gefängnis sei er an Iran ausgeliefert worden. Die Zeugen berichteten auch, dass zwei Mitglieder bei den Verhören infolge von Folterungen gestorben seien.

Die Volksmodjahedin wurden 1997 von der US-Regierung und 2002 von der EU als „Terroristenorganisation“ eingestuft. Nach dem Sturz Saddam Husseins und der Besetzung Iraks, geriet die Organisation, deren Ideologie eine Mischung aus Islamismus und Stalinismus bildet, in eine prekäre Situation. Die USA ordneten zwar die Entwaffnung der rund 3000 Mitglieder an, gewährten ihnen jedoch einen „besonderen Schutzstatus“. Presseberichten zufolge wird seitdem die Organisation, die als Druckmittel gegen Teheran benutzt wird, von Washington auch finanziell unterstützt.

Wie Human Rights Watch berichtet, versucht der politische Flügel der Organisation, der Nationale Widerstandsrat mit Sitz in Frankreich, den Makel des Terrorismus loszuwerden. Der Rat präsentiert sich als „Exilregierung“ und „demokratische Alternative“ zum Regime in Teheran. Vertreter des nationalen Widerstandsrats versuchen durch häufige Besuche bei Parlamentariern in Europa und den USA, diese als Unterstützer zu gewinnen. Im Januar dieses Jahres verlangten 40 Parlamentsmitglieder in ganz Europa sowie im EU-Parlament die Aufhebung der Terroristenbezeichnung. Dieselbe Forderung haben einige Republikaner wie auch Demokraten im US-Kongress gestellt. Demgegenüber sagte Joe Stork, es sei ein „Riesenfehler, eine Oppositionsgruppe zu unterstützen, die für schwere Menschenrechtsverletzungen verantwortlich ist“.

Visaerteilung an den Flughäfen

Hamid Reza Assefi, Sprecher des Außenministeriums, gab bekannt, dass einem Kabinettsbeschluss zufolge ab 9. Mai ausländischen Einreisenden an den beiden Teheraner Flughäfen Imam Chomeini und Mehrabad ein Transitvisum für die Dauer von acht Tagen erteilt werden könne. Das Außenministerium sei dabei, entsprechende Maßnahmen für die beiden Flughäfen zu treffen, sagte Assefi. Der Beschluss gelte für Angehörige aller ausländischen Staaten. Ziel des Beschlusses sei, Touristen die Einreise zu erleichtern und auch Transitpassagieren die Gelegenheit zu geben, sich im Land umzusehen.

Bislang wurden Transitvisa lediglich für Touristen ausgestellt, die aus Pakistan kommend in die Türkei reisen wollten oder umgekehrt. Doch nun sollen alle Touristen, die auf dem Luftweg in Teheran landen, von dieser Möglichkeit Gebrauch machen können. Die beiden internationalen Flughäfen Teherans gelten nicht als Transitflughäfen. Auch die iranischen Fluggesellschaften haben nur einen geringen Anteil am internationalen Tourismus. Daher wird die neue Regelung vermutlich von einer relativ geringen Zahl von Passagieren in Anspruch genommen werden.

Ziel der Visaerleichterung ist offensichtlich, mehr Touristen ins Land zu locken. Bisher mussten ausländische Besucher beim zuständigen iranischen Konsulat in ihrem Heimatland ein Visum beantragen und oft längere Zeit auf die Gewährung warten. Nach der neuen Verordnung können alle Ausländer und Ausländerinnen mit gültigem Pass bei der Ankunft in Teheran die Einreiseerlaubnis erhalten. Allerdings ist aus der Verordnung nicht ersichtlich, ob die Einreisenden, wie international üblich, den Nachweis erbringen müssen, dass sie die Absicht haben, ihre Reise in ein anderes Land fortzusetzen.



II. Wirtschaft

WTO beschließt Beitrittsgespräche mit Iran - Kein US-Veto

Nach jahrelangem Zögern haben die USA ihr Veto gegen die Aufnahme Irans in die Welthandelsorganisation (WTO) aufgegeben und den Weg für Beitrittsgespräche frei gemacht. „Es ist vollbracht, die Sache ist durch“, sagte ein Diplomat. Die 148 Mitgliedstaaten der WTO haben am 26. Mai in Genf beschlossen, mit Iran Aufnahmegespräche zu führen.

Seit 1996 bemüht sich Iran um die Aufnahme in die WTO, was immer wieder am Veto der USA scheiterte. Allein seit 2001 hatte Iran 21 Mal seinen Aufnahmeantrag erneuert. Bereits im März dieses Jahres hatte Washington die Bereitschaft signalisiert, zur Unterstützung der diplomatischen Verhandlungen der EU mit Iran über das iranische Atomprogramm, den Weg für den Beitritt Irans frei zu geben.

Der einstimmige Beschluss der WTO-Mitglieder erfolgte einen Tag nachdem Iran sich bei den Verhandlungen mit den drei EU-Staaten Deutschland, Großbritannien und Frankreich kompromissbereit gezeigt hatte. (s. Bericht auf Seite 15). Die Aussicht auf einen WTO-Beitritt gehört zu den wirtschaftlichen Anreizen, die das EU-Trio Iran anbietet.

Die Aufnahmeverhandlungen in die Welthandelsorganisation dauern meist mehrere Jahre. Im Fall Chinas waren es rund 15 Jahre. Iran geht jedoch von vier Jahren aus, da es sich nach eigenen Angaben in der Wartezeit bereits vorbereitet habe.

Probleme bei Eröffnung des neuen Teheraner Flughafens

Irgendwie scheint dem neuen Flughafen von Teheran kein Glück beschert zu sein. Vor einem Jahr wurde er in Anwesenheit des Staatspräsidenten Chatami eingeweiht, musste aber nach wenigen Minuten wieder geschlossen werden. Nachdem die erste Passagiermaschine gelandet war, tauchten drei Kampffjets der Revolutionswächter am Himmel auf und zwangen die zweite Maschine, die zur Landung angesetzt hatte, zur Rückkehr. Grund für diesen, auch für den Staatspräsidenten und den Verkehrsminister unerwarteten Angriff war der

Umstand, dass die Dienstleistungen am Flughafen einer türkischen Firma übergeben worden waren. Eine ausländische Firma, die noch dazu mit israelischen Firmen zusammenarbeite, gefährde die Sicherheit des Landes, argumentierte der Kommandant der Revolutionswächter. Der Vorfall wurde zu einem Politikum. Es folgten lange Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen politischen Fraktionen im Parlament. Inzwischen scheint der Streit beigelegt.

Auch der zweite Versuch, den Flughafen in Betrieb zu nehmen, brachte Probleme. Zwei Tage vorher hatten Großbritannien und Kanada an Reisende appelliert, den internationalen Teheraner Flughafen „Imam Chomeini“ zu meiden, weil die dortige Start- und Landebahn Sicherheitsmängel aufweise, was in Teheran als feindselige Propaganda aufgefasst wurde. Empörung löste auch eine Nachricht aus, wonach die britische Regierung eine Änderung des Namens des etwa 50 Kilometer südlich von Teheran gelegenen Flughafens gefordert haben soll. Besonders diese Forderung erzürnte ultra-konservative Kleriker.

„Wenn sich Großbritannien bei Iran nicht entschuldigt, werden wir alle Kontakte zu diesem Staat einstellen und den Botschafter ausweisen“, sagte Parlamentsmitglied Hamid Reza Hadji Babai. Auch die Tageszeitung Keyhan, die als Sprachrohr der radikalen Islamisten gilt, erhob die Forderung, britische Staatsbürger nicht mehr einreisen zu lassen. Die britische Botschaft in Teheran erklärte, Großbritannien habe keine Namensänderung gewünscht, es gehe lediglich um die Sicherheit der Reisenden.

Indes erklärte Regierungssprecher Hamid Reza Asefi, der neue Flughafen sei in der Lage, die völlige Sicherheit der Passagiere zu gewährleisten. Darüber gäbe es keinen Zweifel. Die Äußerungen der letzten Tage seien eher als unfreundliche Negativwerbung zu deuten, zumal sie unmittelbar vor der Eröffnung kundgetan wurden.

Die Regierung in Teheran gab bekannt, dass ab dem 9. Mai sämtliche Inlandsflüge sowie sämtliche Flüge in die Golfstaaten, Saudi-Arabien ausgenommen, von diesem Flughafen starten werden. Das Verkehrsministerium erklärte, der Flughafen werde nach der endgültigen Fertigstellung jährlich 40 Millionen Passagiere abfertigen können.



Kein Interesse mehr an MG Rover

Obwohl Iran vor kurzem sein Interesse am Kauf des britischen Autobauers MG Rover bekundet hatte, berichteten mehrere Zeitungen in Teheran am 7. Mai, das Land sei nicht mehr an einem Kauf interessiert. Die entscheidenden Markenrechte des Traditionskonzerns seien bereits verkauft worden, zitierten die Zeitungen Industrieminister Eshagh Dschahangiri. „Seine Maschinenanlagen brauchen wir nicht.“

Dschahangiri hatte im vergangenen Monat erklärt, eine komplette Übernahme von Rover sei insbesondere dann möglich, wenn sich andere asiatische Staaten (China und Indien) als Partner beteiligen würden. Der Minister sagte nicht, ob sein Land weiterhin an eine solche Partnerschaft denke.

Rover hatte Mitte April Insolvenz angemeldet, nachdem Gespräche über eine Partnerschaft mit dem chinesischen Autohersteller Shanghai Automotive (SAIC) gescheitert waren.

Produktion von „Peykan“ eingestellt

Die Motorschutzhaube des letzten „Peykan“, der vom Band lief, trug die Signatur des Industrieministers: Nach vierzig Jahren wurde die Produktion des Autos, für das einst mit dem Slogan: „Peykan, der Traum eines jeden Iraners“ geworben wurde, eingestellt. Hoher Benzinverbrauch, Mangel an Sicherheit, schlechte Qualität und übermäßige Verschmutzung der Umwelt waren die Gründe.

Jahrzehnte lang war Peykan das meist gekaufte Auto in Iran, so ähnlich wie der Volkswagen in Deutschland. Nach wie vor fahren die meisten Taxifahrer ihren Peykan, der nun durch „Samand“ ersetzt werden soll. Ein Drittel der sechs Millionen Personenwagen in Iran sind Peykan. Es wird sicherlich lange dauern, bis dieser Wagen aus dem Verkehr verschwindet.

„Samand“ kostet fast doppelt soviel wie „Peykan“, den man umgerechnet für sechstausend Euro kaufen konnte. Vielleicht ist dies der Hauptgrund dafür, dass ihn vor allem Taxifahrer bevorzugen. Hinzu kommt, dass die Reparaturkosten und die Kosten für Ersatzteile für Peykan weit geringer sind als für neue Produktionen, geschweige denn für importierte Autos.

Konflikt um die Gründung unabhängiger Gewerkschaften

Gegner unabhängiger Gewerkschaften veranstalteten vor dem Teheraner Büro eines Verbandes der Busfahrer eine Protestdemonstration. Dabei wurde der Busfahrer Mansur Osanlu, der sich aktiv für die Gründung einer Gewerkschaft der Busfahrer einsetzt, schwer verletzt. Dennoch wurde er zuerst von der Polizei vernommen und erst später ins Polizei-Krankenhaus gebracht.

Es wurde berichtet, dass die Polizei die mit Stöcken bewaffneten Protestler, die dem „Islamischen Rat“ und dem „Haus des Arbeiters“ angehören, nicht daran hinderte, die Vertreter der Busfahrer anzugreifen. Die genannten Einrichtungen, die seit der islamischen Revolution die Funktion der Gewerkschaften übernommen haben, versuchen, jede Initiative zur Neugründung von Gewerkschaften zu verhindern. Hassan Sadeghi, Leiter der „Islamischen Räte“ begrüßte den Protest und lobte die Teilnehmer, die „die Würde der Arbeiter verteidigt haben“.

Vor zwei Jahren waren das Arbeitsministerium in Teheran und die Internationale Arbeiterorganisation (ILO) übereingekommen, dass in Iran neue Gewerkschaften nach internationalem Standard gegründet werden. Die Vereinbarung wurde getroffen, nachdem die ILO-Vertreter festgestellt hatten, dass die iranischen Arbeitsgesetze in einigen Punkten den international vereinbarten Bedingungen widersprechen. Die Regierung in Teheran erstellte in Zusammenarbeit mit Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber eine Ergänzung zu den Arbeitsgesetzen, die vor allem die Unabhängigkeit und Handlungsfreiheit der Arbeitnehmerorganisationen gewährleisten sollte. Es wurde ferner beschlossen, die Aufgaben der Gewerkschaften von denen der Islamischen Räte, die nach wie vor im Rahmen der Arbeitsgesetze eine zentrale Rolle spielen, zu trennen. Den Gewerkschaften wurde das Recht zugesprochen, die Arbeitnehmer zu vertreten. Die Islamischen Räte hingegen sollten fortan lediglich eine beratende Funktion bezüglich sozialer Aufgaben erhalten. Die Gewerkschaften sollten zwar beim Arbeitsministerium registriert werden, aber dem Ministerium wurde jede Einmischung in die Angelegenheiten der Gewerkschaften untersagt. Die ILO begrüßte die Ergänzungen und bezeichnete sie als einen Schritt, der die Inte-



ressen sowohl der Arbeitnehmer als auch der Arbeitgeber sichert.

Seitdem sind zwei Jahre vergangen, doch in der Praxis werden gewerkschaftliche Aktivitäten als widerrechtlich betrachtet. Auch das Arbeitsministerium machte bisher keine Anstalten, um die Vereinbarung mit der ILO bzw. den Beschluss der eigenen Regierung umzusetzen. Dagegen haben Arbeitergruppen am 1. Mai, dem Tag der Arbeit, Protestkundgebungen veranstaltet. Es scheint, dass das Schweigen der Regierung gegen diese Proteste die Gegner der Gewerkschaften, die sich bisher mit öffentlichen Stellungnahmen begnügt hatten, zu gewaltsamen Aktivitäten ermuntert hat.

Wie die Zeitungen berichten, wird der Generalsekretär der ILO in Kürze Iran besuchen und dabei auch klären, wann und wie die seit Jahren geplante Neueröffnung eines Büros der ILO in Teheran erfolgen soll. Das ILO-Büro in Teheran war nach der Revolution von 1979 geschlossen worden.

Lieferung für iranisches Raketenprogramm verhindert

Einem Bericht des Nachrichtenmagazins Focus vom 23. Mai zufolge haben deutsche Behörden eine Lieferung von Aluminiumplatten für das iranische Raketenprogramm verhindert.

Anfang Mai habe der Zoll das Bundeswirtschaftsministerium über die Fracht informiert, berichtete das Magazin. Die Platten seien am Hamburger Hafen auf einem Frachter verladen worden. Sie seien für eine iranische Handelsfirma, die auf der schwarzen Liste der deutschen Exportkontrolleure stehe, bestimmt gewesen. Die Firma gelte als Tarngesellschaft zur Güterbeschaffung für das iranische Rüstungsprogramm. Bevor sich die Bundesregierung zum Handeln entschlossen habe, sei der Frachter jedoch außerhalb der deutschen Gewässer gewesen. Auf Bitten der deutschen Behörden hätten dann belgische Zöllner die Ladung beim nächsten Stopp des Schiffs in Antwerpen beschlagnahmt. Vom Wirtschaftsministerium Berlin gab es zu diesem Vorfall keinen Kommentar.

Ende April hatten deutsche Behörden die Lieferung eines in Deutschland hergestellten Schwerlastkrans an Iran nicht verhindert, der Waffenexperten

zufolge bei Raketentests eingesetzt werden könnte. Die Lieferung war umstritten, weil der Empfänger eine Firma gewesen sein soll, die nach Angaben westlicher Diplomaten mit der iranischen Rüstungsindustrie zusammenarbeitet und auf einer schwarzen Liste steht.

Parlament verpflichtete Regierung, die Urananreicherung wieder aufzunehmen

Während die Abgeordneten im islamischen Parlament „Tod den USA“ skandierten, beschlossen sie, die Regierung zur Wiederaufnahme der Urananreicherung zu verpflichten. Mit dem Beschluss wird die Regierung aufgefordert, „im Rahmen des Atomsperrvertrags und internationaler Regelungen, unter Einsatz von Wissenschaftlern und Technikern und in Anspruchnahme aller einheimischer und internationaler Möglichkeiten und unter Berücksichtigung der Verpflichtungen gegenüber der Internationalen Atombehörde (IAEA), die Atomtechnologie weiterzuentwickeln und Brennelemente für 20.000 Megawatt Atomstrom herzustellen“. Am 29. Mai erteilte der Wächterrat dem Beschluss seine Zustimmung.

Teheran bezeichnet 40 Dollar Ölpreis als angemessen

Iran hat sich für einen Ölpreis von 40 Dollar je Barrel und die Beibehaltung der derzeit hohen Fördermengen ausgesprochen.

„Etwa 40 Dollar wären ein guter Preis“, sagte der iranische Ölminister Bijan Zangeneh am 25. Mai in Teheran. Für die Organisation Erdöl exportierender Staaten (OPEC) sei eine Drosselung der Überproduktion und eine Rückkehr zu den eigentlichen Förderquoten gegenwärtig nicht möglich. Dafür sei die Nachfrage zu hoch.

Die Aussagen von Zangeneh stehen im Einklang mit den jüngsten Äußerungen anderer Vertreter der OPEC, die einen Preis zwischen 40 und 45 Dollar je Barrel genannt hatten. Zudem hatten sie erklärt, bei ihrem Treffen am 15. Juni keine Drosselung der Überproduktion zu beschließen. Derzeit beträgt die Überproduktion nach OPEC-Angaben etwa 700.000 Barrel pro Tag.



III. Außenpolitik

Atomgespräche um zwei Monate aufgeschoben

Auch die jüngsten Gespräche vom 25. Mai über das iranische Atomprogramm in Genf zwischen Iran und den EU-Staaten Deutschland, Frankreich, Großbritannien haben zu keiner Lösung geführt. Dennoch konnten die Gesprächsteilnehmer das befürchtete endgültige Scheitern der Verhandlungen verhindern. Iran versicherte noch einmal, sich auf die friedliche Nutzung der Atomenergie beschränken zu wollen und zeigte sich kompromissbereit. Teheran hatte zwar im November vergangenen Jahres die Uran-Anreicherung ausgesetzt, beharrt jedoch bislang auf das Recht, sie wieder aufzunehmen. Demgegenüber verlangen die europäischen Verhandlungspartner eine dauerhafte Aussetzung.

Während Irans Chefunterhändler Hassan Rohani mit den drei Außenministern Fischer, Barnier und Straw in Genf verhandelte, gingen etwa dreihundert Studenten in Teheran auf die Straße und forderten die Regierung auf, das Atomprogramm ungeachtet der Drohungen der USA fortzusetzen.

Nach den Verhandlungen in Genf trat Fischer vor die Presse und erklärte, die Gespräche würden Ende Juli oder Anfang August fortgesetzt. Bis dahin wolle die EU neue Vorschläge vorlegen. Diese sollen in verbindlicher schriftlicher Form der Regierung in Teheran unterbreitet werden. Fischer sprach von sehr schwierigen und komplizierten Verhandlungen. Es sei keine „letzte Frist“ gesetzt worden, „aber die unterschiedlichen Positionen zu überbrücken, wird alles andere als einfach werden“. Ziel der EU bleibe „ohne jeden Zweifel“, Iran zum dauerhaften Verzicht auf Urananreicherung zu bewegen. Im Gegenzug biete die EU ein umfassendes Paket von Anreizen bei der wirtschaftlichen und politischen, aber auch der nuklearen Zusammenarbeit.

Rohani äußerte sich zufrieden. Das Treffen, sagte er, sei bei den fünf Verhandlungsrunden seit November das erste gewesen, bei dem die Europäer endlich konkrete, verbindliche und zeitlich definierte Vorschläge gemacht hätten. Er fügte aber auch hinzu, die EU bewege sich „in die falsche Richtung“, wenn sie glaube, mit ihren Angeboten Iran zum dauerhaften Verzicht

auf Atomanreicherung bewegen zu können.

Die Vertagung der Verhandlungen war sicherlich auch mit Rücksicht auf die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen am 17. Juni in Iran beschlossen worden. Bei einem Sieg eines Bewerbers aus den Reihen radikaler Islamisten würden die Verhandlungen kaum Aussicht auf Erfolg haben, während ein Sieg der Reformler oder Haschemi Rafsandschanis eher zum Erfolg führen würden. Böse Zungen behaupten sogar, Rafsandschani habe sich in geheimen Verhandlungen mit Washington bereits auf einen Kompromiss geeinigt.

Israel fordert Befassung des UN-Sicherheitsrats mit iranischem Atomprogramm

Israels Außenminister Silvan Shalom hat eine Sitzung des UN-Sicherheitsrats über angebliche Atomwaffenpläne Irans gefordert. Es sei Zeit, das Thema vor das internationale Gremium zu bringen, „bevor die Gefahr zur Realität wird“, sagte Shalom am 18. Mai in Düsseldorf nach einem Treffen mit Bundesaußenminister Joschka Fischer.

Shalom betonte, Israel wolle gegen die Bombenpläne Irans ausschließlich mit diplomatischen Mitteln vorgehen. Er wies darauf hin, dass die Außenminister Frankreichs, Großbritanniens und Deutschlands zusammen mit dem EU-Außenbeauftragten Xavier Solana noch vor der Sitzung der internationalen Atomenergiekommission Mitte Juni nach Teheran reisen würden, um danach eine endgültige Entscheidung zu treffen. „Je früher das Thema vor den Sicherheitsrat gebracht wird, desto besser“, sagte Shalom. „Iran wird seine Absicht, die Atombombe zu besitzen, nie aufgeben. Wir glauben, dass sie im Moment kurz davor sind, die Bombe zu entwickeln.“ Es sei nicht mehr viel Zeit, Iran vom Bombenbau abzuhalten.

Kanada schränkt seine Beziehungen zu Iran stark ein

Die Regierung in Ottawa hat beschlossen, als Antwort auf die Verschleppungstaktik des Prozesses um den Mord an der iranisch-kanadischen Fotoreporterin Zahra Kazemi, die Beziehungen zu Teheran stark einzuschränken. Und zwar solange, bis die iranischen Behörden



den Fall Kazemi „in ernsthafter und glaubwürdiger Weise“ behandelten, erklärte Außenminister Pierre Pettigrew am 17. Mai in Ottawa. Den Anlass für die neue Intervention lieferte offensichtlich die Wiederaufnahme der Verhandlung durch ein Revisionsgericht, die unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand. Sowohl die kanadische Regierung als auch die Anwälte von Kazemis Angehörigen verlangen die uneingeschränkte Offenlegung der Fakten.

Die 54-jährige Kazemi war im Juni 2003 festgenommen worden, als sie ein Gefängnis im Norden Teherans fotografierte. Nach tagelangen Verhören starb sie einen Monat später an einer Gehirnblutung im Krankenhaus. Die Justiz versuchte zunächst das Verbrechen zu vertuschen. Doch später ergaben offizielle, von der Regierung angeordnete Untersuchungen, dass die Blutung durch die ihr während den Verhören zugefügten Schläge auf dem Kopf verursacht wurde.

Im Juli 2000 sprach ein Gericht in Teheran den einzigen Angeklagten wegen Mangels an Beweisen frei. Unter dem Druck der Öffentlichkeit, vor allem des Sohnes der Reporterin, der kanadischer Staatsangehöriger ist, hatte die Regierung in Ottawa schon damals die iranischen Justizbehörden scharf kritisiert und eine umfassende Aufklärung des Mordes gefordert. Nach Ansicht der Anwälte von Kazemis Angehörigen, zu denen auch Friedensnobelpreisträgerin Schirin Ebadi gehört, diente der Angeklagte den Behörden als Sündenbock, um den allgemein vermuteten Schuldigen, Staatsanwalt Mortazawi, zu decken.

Justizsprecher Djamal Karimi Rad erklärte, die Akte Kazemis sei offen. Die Verhandlungen würden am 25. Juli fortgesetzt. Dabei sollen neue Zeugen angehört werden. Nach Aussagen eines der Anwälte Kazemis, Mohammad Ali Dadchah, soll die erste Verhandlung nur eine Stunde gedauert haben. Dabei habe der Gerichtsvorsitzende ohne Begründung die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

Kanadas Außenminister erklärte, sein Land werde ab sofort die Beziehung zu Iran auf den Fall Kazemi, die Menschenrechte und das iranische Atomprogramm beschränken. Alle gemeinsamen Projekte und Pläne sollen vorerst auf Eis gelegt werden. Auch offizielle Besucher aus Iran sollen keine Einreiseerlaubnis mehr erhalten. Ferner seien

kanadische Diplomaten angewiesen worden, ihre Kontakte mit der iranischen Regierung auf die oben genannten drei Themen zu beschränken. Zuvor hatte Kanada schon zweimal seinen Botschafter aus Iran zurückbeordert. Doch dieses Mal wurde vorerst auf diese Maßnahme verzichtet. In Toronto demonstrierten am 16. Mai rund sechzig Kanadier iranischer Abstammung gegen die Teheraner Regierung. Sie forderten einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen.

Außenminister Charrasi in Bagdad

Irans Außenminister Kamal Charrasi traf für einen dreitägigen Besuch am 17. Mai in Bagdad ein. Er war nach US-Außenministerin Condolizza Rice der zweite Außenminister, der Irak nach der Bildung der Übergangsregierung einen offiziellen Besuch abstattete. Die Reise wurde von beiden Ländern als „historisch“ bewertet und als „Beginn einer neuen Ära in den Beziehungen der Nachbarstaaten“ bezeichnet.

Hinter den beiden Staaten liegt eine Jahrzehnte lange Feindschaft und ein achtjähriger Krieg, dem über eine Million Menschen zum Opfer fielen. Als Charrasi das letzte Mal Irak besuchte, wurde er von Saddam Hussein und den Führern der Baath-Partei empfangen. Diesmal von Regierenden, die während der Diktatur Saddams Husseins in Iran Zuflucht gefunden und dort großzügige Unterstützung und freundschaftliche Beziehungen gefunden hatten. Iraks Ministerpräsident Ibrahim Djadfari hatte sich wie viele andere Schiiten Jahre lang in Iran aufgehalten und von dort aus den Widerstand gegen die Diktatur im Irak organisiert. Er beherrscht die persische Sprache und ist mit zahlreichen Führern der Islamischen Republik befreundet. „Der Ausbau der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Iran gehört zu den ersten und wichtigsten Aufgaben meiner Regierung“, sagte Djadfari bei seinem Treffen mit Charrasi.

Auch Iraks Staatspräsident Djalal Talebani würdigte die Unterstützung, die irakische Kurden in „schweren Zeiten“ aus dem Nachbarland erhalten hätten. „Iran stand in den schwarzen, schweren Tagen auf unserer Seite“, sagte er beim Empfang seines Gastes. „Unseren Sieg verdanken wir nicht zuletzt dieser Zusammenarbeit.“



Charrasi bezeichnet die Wahlen und die Bildung der Übergangsregierung im Irak als großen Erfolg. Iran sei bereit, auf allen Gebieten mit Irak zusammen zu arbeiten. „Wir haben große Erfahrungen im Kampf gegen den Terrorismus und werden die irakische Regierung auch auf diesem Gebiet unterstützen“, sagte Irans Außenminister – eine Äußerung, die im Hinblick auf die Geschichte des Islamischen Gottesstaates erstaunlich klingt. Gemeint war wohl, dass Iran nach dem großen Sieg der Schiiten bei den Wahlen und der Wahl der ihm genehmen Regierung, nun an der Seite eben dieser Regierung stehen und sie unterstützen werde. Erstaunlich mutete auch die Feststellung Charrasis an, dass Demokratie für den Irak eine neue Erfahrung sei und die beiden Nachbarstaaten auf diesem Weg gemeinsam „eine große Rolle in der Region und in der gesamten islamischen Welt spielen werden“. „Wir waren gegen die Einmischung der USA“, fügte der Minister hinzu. „Aber nun fühlen wir uns verpflichtet, die Regierung, die das irakische Volk gewählt hat, mit voller Kraft zu unterstützen.“ Dies sei zum Vorteil beider Staaten, betonte Charrasi. „Wir werden den Terroristen nicht erlauben, die Grenzen Iraks von unserem Territorium aus zu überqueren. Wir werden unsere Grenzen streng kontrollieren. Die Sicherheit Iraks ist auch unsere Sicherheit.“

Eine besondere Ehre, die als Zeichen großer Achtung vor dem Nachbarstaat Iran dem Außenminister zuteil wurde, war der Besuch beim Großayatollah Sistani. Das geistliche Oberhaupt der Schiiten im Irak hatte bisher keinen ausländischen Staatsmann empfangen. Die Atmosphäre sei sehr herzlich gewesen, berichtete die Presse. Insgesamt, schrieb die in Teheran erscheinende Tageszeitung Schargh, habe der Besuch Charrasis eher nach einem glücklichen Familientreffen ausgesehen als nach einem offiziellen Besuch. Es sei ein Wiedersehen alter Freunde und Weggefährten gewesen.

Zum Abschluss des Besuchs wurde in Bagdad eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht. Darin werden alle terroristischen Aktivitäten im Irak und alle Aktivitäten, die „den Terrorismus mit dem Islam oder den Muslimen in Verbindung bringen könnten“, schärfstens verurteilt. „Angesichts ihrer traditionellen, kulturellen und religiösen Beziehungen werden die Islamische Republik Iran und der Irak

ihre politischen, sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Beziehungen ausbauen und zu diesem Zweck eine gemeinsame Kommission unter der Leitung des iranischen Vizepräsidenten Dr. Aref und des irakischen Ministerpräsidenten Ibrahim Djafari bilden“, heißt es weiter. Die irakische Regierung verpflichtete sich, so bald wie möglich die im Irak in Haft befindlichen iranischen Pilger in ihre Heimat zurückzuführen.

Wichtig in der Erklärung ist auch die hervorgehobene Übereinstimmung, das gestürzte Regime im Irak wegen „Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit“, die dieses Regime gegen die Völker Iraks, Irans und Kuwaits“ begangen hat, vor Gericht zu stellen. Ob damit auch die Zahlung von Reparationen bezüglich des achtjährigen iranisch-irakischen Krieges gemeint ist, wurde in der Erklärung nicht erwähnt.